

Schutz und Vorsorge für Mensch und Natur: Bayern vor Schaden durch die Grüne Gentechnik bewahren

***Von Ludwig Wörner, MdL,
verbraucherpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion***

„Landesverrat“ begehen sowohl CSU und Staatsregierung wie auch Bundesverbraucherminister Seehofer: Mit ihrer Feigheit und ihrem Zaudern bei der Grünen Gentechnik beschwören sie Gefahren für das Land, für Bauern, Lebensmittelwirtschaft und Verbraucher, für die Natur und den Artenschutz sowie die Marktfähigkeit Bayerns herauf. Vorsorge in hohem Maße ist notwendig, weil gentechnisch veränderte Organismen (GVO) – einmal in die Naturkreisläufe eingebracht – nicht mehr rückholbar sind. Dies zeigt auch die Haltung der Versicherer, die sich aus gutem Grunde weigern, Haftpflichtversicherungen für GVO-Anbauer anzunehmen.

Eine zentrale Forderung ist die Anwendung des „Regionalprinzips“: Gerade die unterschiedlichen landwirtschaftlichen Strukturen und ökologischen Besonderheiten der Regionen in der EU müssen bei der Umweltverträglichkeitsprüfung von GVO systematischer berücksichtigt werden. Das heißt für den Freistaat: Gentechnikanbaufreies Bayern.

Weiter muss die Koexistenzfrage endlich auf europäischer Ebene geregelt werden und der Zwang zur Haftpflichtversicherung (mit Beweislastumkehr) kommen, muss aus Vorsorgegründen auf jeglichen Freilandanbau von GVO verzichtet und die 0,9 Prozent-Schwelle für Verunreinigungen durch die in der Praxis geforderte „Nulltoleranz“ ersetzt werden, muss endlich die Kennzeichnungspflicht für tierische Nahrungsmittel wie Fleisch, Milch und Milchprodukte sowie Eier kommen.

Grüne Gentechnik ohne wirtschaftliche Notwendigkeit

Wer braucht schon Grüne Gentechnik in Bayern? Niemand, wie das Fachgespräch der SPD-Landtagsfraktion gezeigt hat. Unisono warnen die Kreisobmänner des Bayerischen Bauernverbandes, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), die Öko-Anbauverbände (LVÖ), Futtermittelhersteller, der Bayerische Brauerbund, die Privatbrauereien Bayerns, Reformhäuser, Bioläden, Lebensmittelwirtschaft, Natur-, Arten- und Tierschützer sowie Verbraucherorganisationen vor der kommerziellen Nutzung der Grünen Gentechnik. Auch die großen Einzelhandelsketten haben eindeutig festgestellt, dass sie bei ihren Zulieferern auf GVO-Freiheit bestehen. Wirtschaftlichen Nutzen haben allein die wenigen großen Saatgutkonzerne.

Für Bayern und viele andere Regionen in der Bundesrepublik Deutschland gilt, dass sich die kleinstrukturierte bäuerliche Landwirtschaft mit ihren hohen Qualitätsstandards auf den Märkten besser positionieren kann, wenn die angebotenen Lebensmittel GVO-frei sind. Für den Verbraucher sind hohe Qualität und der gentechnisch veränderte Lebensmittel ein Widerspruch in sich. Auch im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit fordern wir den Verzicht auf grüne Gentechnik.

Es wird immer deutlicher: Koexistenz ist nicht möglich

Die „Feldversuche“ mit GVO-Pflanzen in den USA, Kanada, Argentinien und Indien zeigen ebenso wie die bayerischen und deutschen Untersuchungen, dass die Koexistenz von GVO-Anbau und gentech-

nikfreiem Anbau ein Märchen ist. In den genannten Überseeländern ist es nach Auskreuzungen bei Mais, Raps und Baumwolle nicht mehr möglich, GVO-freie Produkte zu erzeugen. Die Untersuchungen in Bayern zeigen, dass selbst zu normalen Zeiten Abstände von 150 Metern oder 300 Metern keine Sicherheit vor Auskreuzungen bieten, von der Verbreitung bei schweren Stürmen und anderen Wetterextremen ganz zu schweigen. Jede Abstandsdiskussion ist Augenauswischerei. Nur Null-Toleranz garantiert das Überleben der gentechnikfreien Landwirtschaft – egal, ob konventionell oder biologisch.

Bayerns Bürger werden aktiv – Wo ist der Einsatz von CSU und Staatsregierung für Bayern?

Bereits jetzt haben sich europaweit 174 Regionen, über 4 500 Städte und Gemeinden und Zehntausende von Bauern und Nahrungsmittelherstellern auf GVO-Freiheit verpflichtet.

In Bayern hat sich – trotz Behinderungen und Schikanen durch die CSU-Staatsregierung wie Bevormundung der Gemeinden und Überwachung von Gentechnikgegnern durch den Staatsschutz – in Stadt und Land gleichermaßen die größte Widerstandsbewegung gegen Grüne Gentechnik und die schleichende Verseuchung der Nahrung mit gentechnisch veränderten Bestandteilen herausgebildet. So liegen 42 der 164 deutschen bundesweiten Initiativen für gentechnikfreie Regionen in Bayern und umfassen mit 485 000 Hektar bereits 15 Prozent von Bayerns landwirtschaftlich genutzter Fläche. Auch 20 der bundesweit 100 Kommunalparlamente, die sich gegen Grüne Gentechnik ausgesprochen haben, finden sich in Bayern.

Ganz anders CSU und Staatsregierung: Sie haben sich bisher vehement gegen einschlägige SPD-Anträge gesperrt – zum Beispiel auf Vorsorge gegen Auskreuzung von GVO oder auf Beitritt zum Netzwerk gentechnikfreier Regionen in Europa. Auch der eigens eingesetzte Arbeitskreis der CSU-Landtagsfraktion bleibt bisher ohne Meinung und übergeht den dringenden Handlungsbedarf.

Die CSU verweigert sich den notwendigen Vorsorgemaßnahmen und verrät damit die Bedürfnisse von Landwirten, Imkern und Verbrauchern sowie der Natur in Bayern. Warum ist die Staatsregierung nicht bereit, wie andere Regionen die Vorsorgemöglichkeiten auszuloten und zu nutzen?

Trotz positiver Aspekte: Seehofers Novelle öffnet weitere Hintertürchen

Bei Seehofers Gentechnikgesetznovelle ist es auf Druck vieler Verbände gelungen, den Haftungsanspruch für die konventionelle Landwirtschaft zu erhalten und das Standortregister zu sichern. So positiv dies klingt, so negativ ist die sonstige Begleitmusik: Seehofer hat in vielen Bereichen seine Hausaufgaben nicht gemacht und sogar noch weitere Hintertürchen für den Einfall von GVO geöffnet, beispielsweise:

- ◆ Die Kosten für die Sicherung der GVO-freien Landwirtschaft werden nach wie ignoriert, so dass die GVO-freie Landwirtschaft mit hohen Analysekosten belastet wird.
- ◆ Freisetzungen sollen erleichtert und damit Umweltbelange und Bürgerrechte ignoriert werden.
- ◆ Die Abstandswerte von 150 bzw. 300 Metern verhindern keine Auskreuzungen zu herkömmlich bewirtschafteten Feldern.
- ◆ Besonders schlimm: Durch private Absprachen können Koexistenzmaßnahmen ausgehebelt werden. Wenn sich GVO-Anbauer freikaufen, werden auch andere Nachbarflächen gefährdet.

Mit dieser Novelle vergeht sich Seehofer an den vitalen Interessen der kleinstrukturierten Landwirtschaft in Bayern und an der Wettbewerbsfähigkeit des Freistaates. Auch er ist ein Landesverräter.

Landtags-SPD und BayernSPD einig: Den Widerstand unterstützen und politische Korrekturen einleiten

In einem Positionspapier hat sich die SPD-Landtagsfraktion eindeutig gegen die Grüne Gentechnik in Bayern ausgesprochen. Dieser Position ist der BayernSPD-Parteitag in Würzburg mit einem einstimmig verabschiedeten Initiativantrag gefolgt.

Damit gibt es für die SPD zwei Handlungsfelder:

1. Sie wird nach Kräften die Initiativen der bayerischen Plattform gegen GVO-Anbau unterstützen.
2. Die im Beschluss des Landesparteitags formulierten Forderungen an die Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion werden auch auf dem Bundesparteitag zur Abstimmung gestellt.

Die zentralen Forderungen von BayernSPD und SPD-Landtagsfraktion

Im Einzelnen fordert die SPD

- ◆ auf EU-Ebene die Möglichkeit zur Einrichtung verpflichtender gentechnikfreier Regionen zu eröffnen,
- ◆ EU-einheitliche Regelungen in allen Koexistenzfragen,
- ◆ den Verzicht auf Freilandsversuche und Erprobungsanbau,
- ◆ die Freiheit für Landwirte, ohne GVO zu produzieren,
- ◆ dass GVO-Bauern auf eine Haftpflichtversicherung verpflichtet werden und nach dem Verursacherprinzip gesamtschuldnerisch für alle Schäden und Beeinträchtigungen haften. Wir lehnen kategorisch jede Schadensregelung ab, die die Risiken der gesamten Bauernschaft oder gar der ganzen Gesellschaft aufbürdet,
- ◆ die Beweislastumkehr bei GVO-Verunreinigungen,
- ◆ dass die bestehende Grenze von 0,9 Prozent für Verunreinigungen durch Null-Toleranz ersetzt wird,
- ◆ eine strikte Kennzeichnungspflicht. Wir fordern, dass tierische Lebensmittel wie Fleisch und Wurstwaren, Milch und Milchprodukte sowie Eier gekennzeichnet werden müssen, wenn an die Tiere gentechnisch veränderte Futtermittel verfüttert wurden,
- ◆ auf europäischer bzw. bundesdeutscher Ebene das rechtliche Instrumentarium dafür zu schaffen, dass Anbieter gentechnisch veränderter Organismen, die mangelnde Zuverlässigkeit gezeigt haben, mit Handelsverbot in Europa und in Deutschland belegt werden können.